

Pro Gloria et Patria



Preussen

Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V.

Preussenbrief

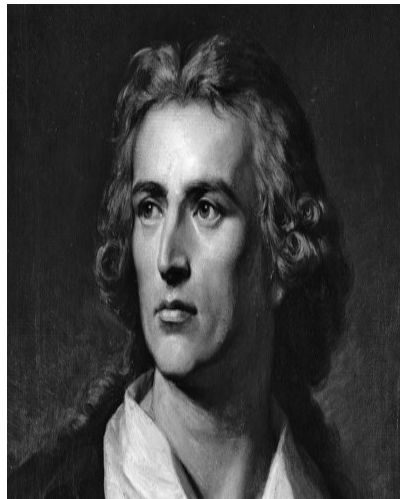
Januar 2022



Worte des Monats Januar Januar 2022

Friedrich Schiller

(* 10. November 1759 in Marbach am Neckar; † 9. Mai 1805 in Weimar)



„Der Schein regiert die Welt, und die Gerechtigkeit ist nur auf der Bühne.“

Editorial Januar 2022

Sehr geehrte Freunde und Mitglieder, ich wünsche Ihnen und Ihren Familien viel Glück und Energie im neuen Jahr 2022!! Eine Normalisierung der Zustände in der Republik wäre wünschenswert, allerdings fehlt mir da die Hoffnung, die Dinge werden sich eher verschlechtern. Eine weitere Verteuerung der Energiepreise, die Konzentration auf unwichtige Politikinhalt und auch eine Politik, die Hilfen und Erleichterungen für Zuwanderer in den Bereichen Staatsbürgerschaft, Ausweisung und auch Familiennachzug forciert, wird gravierende Folgen haben. Hätte die CDU schon in 2020 Friedrich Merz zum Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten gekürt, wären die SPD und Grünen Sozialisten nicht an die Macht gekommen. Herr Dr. Maaßen, der am Nikolaustag zu Gast bei uns war, hat dies auch deutlich gemacht. Für alle, die nicht da waren, kann ich nur sagen, dass

er einen hervorragenden Einblick zur Lage der CDU und auch der Bundesrepublik gab.



Sehr professionell und detailliert äußerte er sich zu den Themenfeldern wie EU, China, Russland und den USA.

In Sachen Covid 19 geht der Wahnsinn weiter, über eine oder zwei Impfungen, kamen wir zum boostern, dann eine zweite Booster-Impfung. Was kommt als nächstes: Das Impfabo?? Alle drei oder vier Monate? Obwohl jeden Tag mehr zu lesen ist, dass die neue Variante des Virus deutlich ungefährlicher ist, wird weiterhin Panik geschürt, nun auch durch diese unsägliche Person Lauterbach in seiner neuen Funktion, nach seiner Talkshow-Zeit.

Herzliche Grüße

Steffen Bender

I.

Hier ein Artikel aus der Preußischen Allgemeinen Zeitung.

Herr Dr. Spatz war auch im Jahre 2019 bei uns zu Gast, und stellte sein Buch vor, schon damals haben wir diese oft vergessenen Thematik zur Sprache gebracht:



Foto: privat Ohne Eltern, ohne Heimat, ohne Perspektive:

*Ostpreußische Wolfskinder nach dem Zweiten Weltkrieg
Zeitgeschichte*

Eine mahnende Katastrophe

Unter den Opfern des Zweiten Weltkriegs hatten die „Wolfskinder“ ein besonders hartes Leid zu tragen. Ohne Eltern, ohne Heimat und ohne Orientierung zogen die ostpreußischen Hungerkinder nach dem Kriege durch die Lande. Fast alle litten Hunger, viele starben. Diejenigen, die überlebten, fanden nach langer Odyssee in Litauen ein neues Zuhause
Christopher Spatz

24.12.2021

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kam es im nördlichen Ostpreußen zu einer kaum beachteten humanitären Katastrophe. Durch Gewalt, Seuchen, schlechte Wohnverhältnisse, ungewöhnlich strenge Kälte und Unterernährung starben mehr als 100.000 deutsche Zivilisten. Die Übriggebliebenen waren oft Kinder. Ohne Eltern, ohne Familie, ohne ein Zuhause waren sie ganz auf sich allein gestellt. Manche kamen in sowjetische Heime, andere flohen ins Nachbarland Litauen. Lange Zeit nahm die Welt vom Dasein dieser Mädchen und Jungen keine Notiz. Erst vor etwa dreißig Jahren wurde die Öffentlichkeit auf ihre Schicksale aufmerksam. Es begann ein ideelles und politisches Ringen um die Anerkennung ihrer Geschichten.

Fluchtpunkt Litauen

Im Winter und Frühjahr 1947, auf dem Höhepunkt der ostpreußischen Hungersnot, machten sich Kinder, die noch die Kraft dazu hatten, auf den Weg nach Litauen. Wie ein Lauffeuer ging in jenen Wochen die Kunde durch ihre Reihen, dass man im Nachbarland Bauern finden konnte, die deutschen Kindern zu essen gaben. Diese Vorstellung wirkte elektrisierend.

Die neue innerostpreußische Grenze im Süden war bewacht und undurchlässig, da sie zur Außengrenze der Sowjetunion gehörte. Die Chancen standen höher, die Grenze nach Norden und Osten zu überwinden. Tausende Mädchen und Jungen fuhren als blinde Passagiere mit Güter- oder Personenzügen oder hofften auf Mitnahmegelegenheiten per Lkw. Ungeachtet des Wetters und der Jahreszeit hockten sie sich auf Puffer, Trittbretter und Dächer, setzten sich in offene Waggons oder versteckten sich inmitten der Ladung. Wenn es keine Zwischenfälle gab, erreichten sie über Tilsit das Memelland und den Nordwesten Litauens, über Insterburg den Großraum Kaunas und den Süden des Landes. Dabei legten sie Strecken von bis zu 250 Kilometern zurück. Sie bettelten anschließend meist in einem Radius von 15 oder 20 Kilometern um eine Bahnstation.

Wer in Ostpreußen noch Angehörige besaß, kehrte nach einigen Tagen mit Kartoffeln, Brot, Mehl und Eiern zurück, um Mütter oder kleine Geschwister zu versorgen. Dabei blieben Gefahren gegenwärtig, die selbst durch Scharfblick und Achtsamkeit nicht gebannt werden konnten. Beim Aufspringen rutschten Kinder ab und gerieten unter anführende Züge. Bei tiefen Minusgraden blieb ihre Haut am Metall kleben. Steif gefroren vor Kälte oder unaufmerksam vor Müdigkeit, konnten sie während der

Fahrt zwischen den Waggonen auf die Schienen fallen. Hinzu kam die völlige Unwägbarkeit des Verhaltens Erwachsener.

Manchmal halfen ihnen diese, manchmal wurden die Kinder von ihnen geflissentlich übersehen, manchmal aus jeder Bahnhofsnähe gejagt oder Opfer sadistischer Handlungen. Viele Kinder blieben deshalb irgendwann in Litauen. Das Unterwegssein zwischen Ostpreußen und Litauen war auf die Dauer zu strapaziös. Ihr Selbsterhaltungstrieb siegte.

Während sie den Grenzübergang in ein fremdes Land häufig gemeinsam meisterten, folgte im Anschluss schnell die Trennung von der eigenen Gruppe. Denn die Gemeinschaft von Schicksalsgefährten brachte in Litauen keine Vorteile mehr. Im Gegenteil, sie bedeutete eine Verringerung der eigenen Überlebenschancen. Die Litauer fürchteten, sich mit ihrem Einsatz für deutsche Kinder des verdeckten Widerstands gegenüber den sowjetischen Machthabern verdächtig zu machen. Mädchen und Jungen, die von einer litauischen Familie dauerhaft aufgenommen werden wollten, mussten deshalb ihre deutsche Herkunft verschleiern, einen neuen Namen annehmen und in eine neue Sprache und Identität hineinwachsen.

Heimkehr in ein fremdes Land

Viele der überlebenden Hungerkinder wurden trotz ihrer schnellen Anpassung an die neuen Verhältnisse repatriert.

1947 und 1948 brachte die Rote Armee fast alle überlebenden Deutschen aus Nordostpreußen Richtung Westen. Tausende der Mädchen und Jungen, die bis dahin zwischen Ostpreußen und Litauen gependelt waren, gelangten bereits mit diesen Transporten nach Mitteldeutschland in die sowjetische Besatzungszone.

Eine spezielle Rückführungsaktion für nach Litauen geflohene Deutsche gingen die sowjetischen Behörden im Mai 1951 an. Sie brachten weitere 3500 Ostpreußen aus dem Baltikum in die DDR. Nach dem Tod Stalins meldeten sich viele der inzwischen verschollen geglaubten Ostpreußenkinder bei den deutschen Botschaften oder dem Suchdienst des Roten Kreuzes. Bis in die 70er Jahre ließ die

Sowjetunion mehrere Hundert von ihnen zu ihren Restfamilien in die DDR und die Bundesrepublik ausreisen.

Die letzte Gruppe von „Rückkehrern“ bildeten mehrere hundert Landsleute, die sich erst 1991 nach der litauischen Unabhängigkeit aus der Deckung wagten. Sie besaßen keine Papiere mehr, die ihre eigentliche Herkunft bezeugten. Die deutschen Behörden agierten abwartend. Nach zähem Ringen erhielten die Betroffenen als Aussiedler die deutsche

Staatsbürgerschaft und siedelten in die Bundesrepublik über (siehe auch das nebenstehende Interview).

Einen Kreis von Frauen und Männern gibt es, der bis heute in Litauen lebt. Die meisten von ihnen haben sich in der Interessenvereinigung „Edelweiß“ organisiert. Durch Krankheit und Todesfälle nimmt die Anzahl der Vereinsmitglieder allerdings rapide ab, aktuell sind es noch um die 30 Personen.

Unerhörte Geschichten

In der Hochphase des Kalten Kriegs waren die Betroffenen damit beschäftigt, ihre Bildungslücken wettzumachen, eine eigene Familie zu gründen und beruflich aufzuschließen.

Ihr Blick war nach vorne gerichtet, die Vergangenheit schien zu ruhen.

Schnitten sie im mittleren Lebensalter ihre Nachkriegserlebnisse zum ersten Mal vorsichtig an, mussten sie außerhalb der Familie mit Unverständnis rechnen. Diese Feststellung gilt ab den 70er Jahren für beide deutsche Teilstaaten. Auch in der Bundesrepublik ließen sich die ostpreußischen Nachkriegsschicksale vom Gegenüber nicht mehr zufriedenstellend in eine gesamtgesellschaftlich anerkannte Opfererzählung einordnen. Um überhaupt erzählbar zu werden, wären die Erinnerungen an das Hungersterben in Ostpreußen jedoch auf allgemeine Akzeptanz angewiesen gewesen. Wer es in dieser Atmosphäre wagte, dennoch über seine Hunger- und Todeserfahrungen zu sprechen, hatte zumeist Gleichgültigkeit oder Ablehnung zu erwarten.

Wendezeit auch für die Ostpreußen

Der Fall der Berliner Mauer, die litauische Unabhängigkeit, die plötzliche Zugänglichkeit der Erinnerungsorte in Nordostpreußen und das entstehende mediale Interesse – diese Entwicklungen haben seit 1989/1991 dazu geführt, dass das Schicksal der ostpreußischen Mädchen und Jungen bekannt geworden ist. Wesentlichen Anteil daran hatte nicht zuletzt der „Wolfskinder“-Begriff, der seit Beginn der 90er Jahre auf die einstigen ostpreußischen Hungerkinder immer häufiger Anwendung fand.

Der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Freiherr v. Stetten war einer von wenigen Politikern, die sich fortan für die Interessen dieser Schicksalsgruppe einsetzten. Im Fokus standen vor allem die „Edelweiß-Wolfskinder“ in Litauen, die neben materieller Hilfe auch Unterstützung bei ihrer schwierigen Identitätsfeststellung und der Erlangung deutscher Papiere benötigten. Neben v. Stetten erfuhren die Betroffenen auch Hilfe von zahllosen ostpreußischen Landsleuten, die Versorgungstransporte organisierten,

ihnen Briefe und Urkunden übersetzten und für sie in der Bundesrepublik Archivbesuche und Behördengänge übernahmen.

Heutige Situation

Die Schicksale der ostpreußischen Wolfskinder sind inzwischen gut erforscht. Wissenschaft, Literatur, Oper und Film haben sich ihrer speziell in Deutschland und in Litauen angenommen. Es gibt eine Reihe von Büchern und mehrere Wanderausstellungen, die über das Thema informieren. Derzeit wird an Fernsehproduktionen gearbeitet, die die Nachkriegszeit in Europa sowie das Verhältnis von Kindheit und Krieg untersuchen. Dass in beide Vorhaben die Biographien der ostpreußischen Kinder eingebunden werden sollen, ist eine gute Entwicklung. Die Vertreter der Erlebnisgeneration werden altersbedingt weniger. Noch ist es möglich, Zeitzeugen über ihre Nachkriegserlebnisse in Ostpreußen zu befragen. Kinder, Enkel und Urenkel sollten davon Gebrauch machen. Wenn eines Tages niemand mehr da ist, der aus eigenem Erleben erzählen kann, werden wir allein auf die bis dahin dokumentierten Geschichten angewiesen sein.

Im Zuge der Entschädigung ziviler deutscher Zwangsarbeiter durch die Bundesrepublik Deutschland konnten bis Ende 2017 auch Wolfskinder und Waisenhauskinder einen Antrag auf eine Anerkennungsleistung von 2500 Euro stellen. Wer die Kraft dazu aufgebracht hat, hält heute zumeist einen Anerkennungsbescheid in Händen. Mit diesen Bescheiden hat der deutsche Staat das Leid der ostpreußischen Mädchen und Jungen über 70 Jahre nach Kriegsende offiziell anerkannt.

Die Schicksale der Wolfskinder berühren menschliche Urängste vom Verlassen-Sein und Sich-Verlieren, zeugen von Abhängigkeit und Gewalt, von Mut, Instinkt und Tapferkeit sowie vom Faktor Zufall, der den seidenen Lebensfaden durchschneiden kann. Die Fülle dieser zeitlosen Themen wird uns weiterhin beschäftigen.

- *Dr. Christopher Spatz ist Leiter des Verbindungsbüros zur Niedersächsischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. 2016 erschien „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom ##Überleben“ (Ellert & Richter).*
-

II.

Intellektuelle und Künstler in Preußen

„Sagen Sie mir von Ihrer Berlinischen Freiheit, zu denken und zu schreiben, ja nichts. Sie reduziert sich einzig und allein auf die Freiheit, gegen die Religion so viele Sottisen zu Markte zu bringen, als man will...Lassen Sie es aber doch einmal einen in Berlin versuchen, über andere Dinge so frei zu schreiben, als Sonnenfels in Wien geschrieben hat; lassen sie es ihn versuchen, dem vornehmen Hofpöbel so die Wahrheit zu sagen...; lassen Sie einen in Berlin auftreten, der für Rechte der Untertanen, der gegen Aussaugung und Despotismus seine Stimme erheben wollte, wie es jetzt sogar in Frankreich und Dänemark geschieht, und Sie werden bald die Erfahrung haben, welches Land bis auf den heutigen Tag das sklavischste Land von Europa ist.“ Oder: Preußen – das ist „la patrie de la pensée“. Zwischen diesen beiden Polen, der eher vernichtenden Kritik des enttäuschten, schließlich aus Preußen ausgewanderten Dichters und Publizisten Gotthold Ephraim Lessing in einem Brief an seinen Kollegen Friedrich Nicolai von 1769 und der doch allzusehr idealisierenden Charakterisierung der führenden Vertreterin der französischen Romantik, der Madame de Stael, in der Vorrede zu ihrem Buch „De L'Allemagne“ (1810), schwankt ganz allgemein das Urteil der Nachwelt über den Standort des preußischen Staates in der Kulturgeschichte.



Dabei handelt es sich bei beiden Zitaten um Zuspitzungen zur extrem negativen wie zur übertrieben

positiv ausgemalten Seite des preußischen Staates, die so genauso wenig stimmen wie die übrigen, noch heute kursierenden Schwarz-weiß-Malereien in Bezug auf Preußen überhaupt (vgl. Artikel Mythos-Preußen). Denn der preußische Staat stellt, auf das Ganze seiner wechselvollen Geschichte gesehen, nicht die ihm von kritischer Seite unterstellte kulturelle Wüste bzw. ein einziger großer Kasernenhof dar, auf dem in unterwürfigem Kadavergehorsam nur Militarismus und rationale Pflichterfüllung obwalten. Genauso wenig aber handelt es sich bei der Hohenzollernmonarchie um einen Staat, der allzeit als Hort der Toleranz und besonders ausgeprägter Geistigkeit, als Zufluchtsort für alle Dichter und Denker, gültig beschrieben werden kann. Vielmehr scheint es eher so zu sein, daß in Preußen das Mischungsverhältnis von Mars und Musen, von militärisch-politischer Dominanz und kultureller Entfaltung und Fortschrittlichkeit des Staates, durchaus so ungünstig nicht ausfällt, wenn auch zu unterschiedlichen Zeiten in je verschiedener Weise nach der einen oder anderen Seite ausgeprägt.

Das Verhältnis der Intellektuellen, Künstler und Wissenschaftler zum Staat Preußen ist durch Spannungen gekennzeichnet, die zunächst einmal den gleichen Bedingungen wie in anderen Staaten unterliegen. Insgesamt hängt dieses Spannungsverhältnis wechselseitig von den jeweiligen Charakteren und Interessen der Herrschenden wie der betroffenen Intellektuellen und Künstler selbst ab. Dabei gibt es zu allen Zeiten Kulturschaffende, die, aus welchen Gründen auch immer, eher staatsstabilisierend und verklärend wirken und sich mit den politischen Verhältnissen ihrer Zeit zufriedengeben und gleichzeitig immer auch solche, die die staatlich-politischen Zustände und die sozialen Verhältnisse ihrer Zeit eher kritisch sehen und diese Schattenseiten des Lebens in ihrem Schaffen und ihren Werken auch auszudrücken versuchen.



So entwickelt sich im Preußen Friedrichs II., der selbst ein herausragendes Beispiel nicht nur eines aufgeklärten, sondern ausgesprochen intellektuellen Königs einer europäischen Großmacht darstellt, wie sie für das 18. Jahrhundert wohl einmalig ist in Europa, eine unbestreitbare kulturelle Blüte. Weil der preußische König aber einseitig auf die französische Kultur fixiert ist und die sich zu seinen Lebzeiten rasant entwickelnde deutschsprachige Kultur mit einem Immanuel Kant oder Johann Wolfgang Goethe überhaupt nicht wahrnimmt und sogar verachtet, profitieren in erster Linie französische Intellektuelle und Künstler vom Mäzenatentum und der künstlerischen Förderung durch den König bzw. den preußischen Staat. Ein herausragendes Talent wie der aus Sachsen eingewanderte Lessing zieht dagegen enttäuscht nach Hamburg weiter.



Mit der zunehmenden Herausbildung liberaler und demokratischer Tendenzen sowie der allmählichen Befreiung des Künstlers aus dem mäzenatischen Abhängigkeitsverhältnis zu adligen Herrschern im 19. Jahrhundert verstärkt sich dieser eher staatsferne, künstlerisch-autonome Trend. So steht im Bereich der Malerei des 19. Jahrhunderts die offizielle, Preußens Gloria verklärende Kunstschule eines Anton von Werner oder Hermann Julius Schlösser der realistischeren Darstellungsweise eines Adolph von Menzel gegenüber, dessen Tendenz von Malern wie Liebermann, Leistikow oder Skarbina vor dem Weltkrieg und mit Käthe Kollwitz, Baluschk oder auch Heinrich Zille auch nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges in Richtung einer sozialkritisch-realistischen Moderne weiterentwickelt wird. Die offizielle Staatsbaukunst eines Julius Raschdorff mit

dem pompösen Dom oder eines Ernst Eberhard Ihne mit der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin stehen schon im Kaiserreich sozial engagierte Architekten wie Alfred Messel oder Paul Mebes gegenüber.



In der Weimarer Zeit tritt eine Architektengeneration auf den Plan, die in der preußischen Hauptstadt Berlin unter dem aus Königsberg stammenden Baustadtrat Martin Wagner und mit Architekten wie Bruno Taut, Walter Gropius oder Hans Scharoun mit einem an den sozialen Bedürfnissen breiterer Bevölkerungsschichten orientierten Wohnungsbaustil ganz bewußt andere Akzente setzt. Berlin wird in den 1920er Jahren auch durch diesen neuen, sozial orientierten Baustil zu einer Weltmetropole der Moderne und zum internationalen Pilgerziel von Architekturstudenten. Der eingeschlafenen Klassikerpflege der preußischen Staatstheater in Berlin steht im Bereich des Sprechtheaters die Theaterreform eines Otto Brahm sowie die neuen Schulen des Naturalismus und der Freien Volksbühnenbewegung sowie im Bereich des Musiktheaters vor allem in der Weimarer Republik die Kroll-Oper unter Otto Klemperer als Opernlabor der Moderne gegenüber. Und schließlich werden auf dem Gebiet des Filmes die preußenverherrlichenden Historiensinken der 1920er Jahre gleichzeitig von sozialkritischen Filmen wie Slatan Dudows „Kuhle Wampe“ oder dem Film im Stil der neuen Sachlichkeit „Menschen am Sonntag“ von Robert Siodmak, Fred Zinnemann und Billie Wilder gebrochen. Alle diese gegensätzlichen Tendenzen in der kulturellen Entwicklung haben in Preußens Hauptstadt Berlin ihren Schauplatz, die aber allmählich die Plattform für den nationalen kulturellen Diskurs des gesamten Deutschen Reiches abgibt und längst nicht mehr auf Preußen beschränkt ist.

III.

Hier ein Artikel aus focusonline, der deutlich macht, wer die Gewinne aus dem "Streit" um die Ostsee-Pipeline sind, und wer die Verlierer, nämlich der deutsche Verbraucher:

1300 Prozent Gewinn

Deutschlands Zoff mit Putin beschert US-Gasindustrie das Geschäft ihres Lebens



picture alliance / dpa

Weil die Erdgasspeicher zu spät aufgefüllt wurden, mangelt es an Gasreserven für den Winter.

FOCUS-Online-Autor Christoph Sackmann

Zwar sind die Gaspreise in Deutschland zuletzt gesunken, die Winterkrise ist aber lange nicht vorbei. US-Konzerne wittern jetzt das große Geschäft. Sie haben gleich 30 Tanker auf die Reise über den Atlantik geschickt. Die Flotte wird in den kommenden Wochen eintreffen.

Für Links auf dieser Seite erhält FOCUS Online ggf. eine Provision vom Händler, z.B. für mit gekennzeichnete. Mehr Infos

Das größte Gas-Geschäft der Welt wird derzeit nicht zwischen Russland und Europa abgeschlossen, sondern zwischen den USA und Deutschland. Zwischen kaum zwei anderen Ländern ist die Gewinnspanne für Gasverkäufer derzeit so hoch. Während eine Million „British Thermal Units“ (MMBtu) Erdgas – das

entspricht etwa 26,4 Kubikmetern – in den USA gerade einmal 1,90 bis 3,80 US-Dollar kostet, lässt sie sich in Deutschland für 27,20 Dollar verkaufen.

Diesen Gewinn von 1300 Prozent wollen sich US-Produzenten kaum entgehen lassen, zumal Deutschland und der Rest Europas auf Lieferungen angewiesen ist. Schließlich liegen die Preise hierzulande deswegen so hoch, weil die Lager zu spät aufgefüllt wurden und es daher jetzt an Erdgas für den Winter mangelt.

30 Tanker auf dem Weg nach Europa

Eine ganze Armada US-amerikanischer Tanker hat sich deswegen auf den Weg über den Atlantik gemacht. Die Finanznachrichtenagentur Bloomberg meldet, dass zehn Tanker bereits ein Ziel in Europa angegeben haben, während 20 weitere bereits auf dem Weg über den Atlantik sind, ohne bisher einen Zielhafen in Europa angegeben zu haben. Zusammen transportieren sie geschätzte 4,9 Millionen Kubikmeter flüssiges Erdgas. Einkaufspreis in den USA: 476 Millionen Dollar. Verkaufspreis in Deutschland: 3,3 Milliarden Dollar.

Anzeige

(

Dabei ist Deutschland nicht einmal das lukrativste Ziel für die Flotte: An der Title Transfer Facility (TTF) in den Niederlanden stieg der Preis zuletzt auf 41 Dollar pro MMBtu. Für Teile Nordwest-Europas gibt Bloomberg den aktuellen Preis sogar mit 57,54 Dollar an. Das ist höher als irgendwo anders auf der Welt. Selbst im energiehungrigen Asien lässt sich derzeit nicht so viel verdienen.

Für die US-Exporteure ist das eine Goldgrube. Die Lager in den USA sind gut gefüllt, der Preis niedrig. Das Land hat Kapazitäten für die Ausfuhr. Wie hoch der Gaspreis in Europa liegt, zeigt ein Vergleich der Analysefirma Kepler. Sie rechnete aus, dass Öl bei 230 Dollar pro Barrel liegen müsste, um genauso wertvoll wie Erdgas in Europa zu sein. Tatsächlich liegt der Ölpreis aktuell bei rund 70 Dollar.

Ein US-Konzern profitiert besonders

Unter den US-Firmen, die derzeit Erdgas nach Europa liefern, gibt es zudem einen klaren Marktführer. Rund ein Drittel aller Tanker wurde von Cheniere Energy gechartert. Der Konzern betreibt ein Flüssiggasterminal an der Grenze zwischen den südlichen Bundesstaaten Texas und Louisiana am Golf

von Mexiko. Das war vor 15 Jahren eigentlich für den Import von Erdgas erbaut worden. Als dann aber der Fracking-Boom die Produktion in den USA nach oben schnellen ließ, wurde es in ein Export-Terminal umgebaut.

Dem Aktienkurs von Cheniere tut die Energie-Krise in Europa gut. Um 78 Prozent ist der Kurs seit vergangenem Weihnachten gestiegen. 22 Prozent ging es allein seit Ende September nach oben. Zum Vergleich: Der US-Leitindex S&P 500 schaffte im selben Zeitraum nur ein Wachstum von 27 beziehungsweise 7 Prozent. Dieses Jahr soll der Umsatz von Cheniere um 50 Prozent steigen.

Normalerweise fährt das Gas von Cheniere und anderen US-Konzernen vornehmlich nach Asien. Zwar lässt sich auch hier noch eine gute Rendite für die Konzerne verdienen, doch die Erlöse in Europa sind mittlerweile so hoch, dass unser Kontinent Asien erstmals in diesem Jahr als Top-Destination abgelöst hat. Im gesamten Dezember sollen geschätzte drei Millionen Tonnen flüssiges Erdgas nach Europa geliefert werden. Das sind eine Million Tonnen mehr als noch im November.

Quelle-Focus-online

IV.

Wieder etwas in unserer Reihe Hohenzollern:

„Das ist intergenerationelle Sippenhaft“
Über das Verhalten des deutschen Staates in Sachen Hohenzollern-Eigentum, den Umgang mit den heutigen Mitgliedern der Familie und die Notwendigkeit eines neuen unideologischen Blicks auf die preußische Geschichte

René Nehring

Im Gespräch mit Michael Wolffsohn

Seit rund zwei Jahren diskutiert die deutsche Öffentlichkeit über die Entschädigungsansprüche des vormaligen preußischen Königs- und deutschen Kaiserhauses, der Hohenzollern. Grundlage ist die Enteignung des Kronprinzen Wilhelm von Preußen durch die Sowjetunion nach 1945. Das vereinigte Deutschland hatte nach 1990 geregelt, dass Personen, die dem kommunistischen oder dem nationalsozialistischen Unrechtssystem „erheblichen Vorschub“ geleistet haben, von einer Rückübertragung ihres Eigentums ausgeschlossen sind. In Sachen Hohenzollern dreht sich deshalb der Streit darum, ob der letzte Kronprinz dem NS-Regime eben diesen Vorschub geleistet hat oder nicht. In den Feuilletons waren zuletzt vor allem Stimmen zu vernehmen, die diese Frage zulasten der Hohenzollern beantworteten. In einem unlängst erschienenen Sammelband zeichnen nun namhafte Historiker und Juristen ein differenzierteres Bild. Einer von Ihnen ist Michael Wolffsohn, der sich in seinem Beitrag weniger mit der Person des Kronprinzen Wilhelm beschäftigt, sondern mit weitaus grundsätzlicheren Fragen.

Herr Wolffsohn, was hat Sie dazu bewogen, mit einem Beitrag in die Hohenzollern-Debatte einzugreifen?

Seit Jahren beschäftige ich mich mal rezeptiv-lesend, mal aktiv-schreibend mit den Hohenzollern. Der Grund ist einfach: Wenn alle oder fast alle entweder „Hossiana!“ oder „Kreuziget ihn!“ rufen, läutet bei mir die Alarmanlage mit eingebauter Tonbotschaft: „Vorsicht, sind da etwa Nachplapperer und Mitläufer am Werk?“ Ich bin dann reflexartig skeptisch und beginne die notwendige Reflexion vor Information. Die Folge: Bediene dich deines eigenen Verstandes! Dazu bedarf es in einer Demokratie eigentlich keines Mutes.

Schlimmstenfalls wird man, wie von Elisabeth Noelle in der „Schweigspirale“ beschrieben, gesellschaftlich isoliert. Na und! Besser isoliert als mit Mitläufern fraternisiert.

Das gesagt, heißt wahrlich nicht, dass ich die geringste Sympathie für besagten Kronprinzen hege. Er zählt zu den „nützlichen Idioten“, den Steigbügelhaltern der Nationalsozialisten, war ein Antisemit und finsterer, unintelligenter Reaktionär. Hinzu kommt: In meinem mit Thomas Brechenmacher von der Uni Potsdam verfassten Buch „Die Deutschen“ haben wir empirisch wasserdicht, anhand statistisch-repräsentativer Daten gezeigt, dass in der Weimarer Republik, anders als von den meisten Historikern behauptet, keine Hohenzollern-Monarchie-Nostalgie dominierte. Wer das weiß, muss in die Arena steigen und die Proportionen zurechtrücken.

In Ihrem Aufsatz in dem Sammelband sagen Sie, dass zwar viele Landsleute heute die Rückgabeforderungen der Hohenzollern für einen Skandal halten, der eigentliche Skandal jedoch das Verhalten des Deutschen Bundestages, des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs sei. Konkret sagen Sie: „Deutschlands Weigerung, die Hohenzollern heute für die nach 1945 erfolgten Enteignungen auf dem Gebiet der Ex-DDR zu entschädigen, ist zwar legal im Sinne herrschenden Rechts, jedoch nicht legitim im Sinne der ethischen Fundamente dieses herrschenden Rechts.“ Warum?

Ganz einfach: Hier wird intergenerationelle Sippenhaft und Sippenhaftung angewandt. Das ist rechtssystemisch inakzeptabel. Unabhängig davon, was dazu die internen Regelungen im Hause Hohenzollern sagen oder im Hohen Hause Bundestag. So viel zum weltlichen Rechtssystem. Sowohl im Judentum als auch im Christentum gilt: Die Schuld der Väter trifft nicht die Söhne. Weltliche, religiöse und damit metaphysische Legitimität widersprechen in diesem Fall dem politisch, willkürlich gesetzten und letztlich rechtsbrecherischen Gesetz.

Hängt, überspitzt formuliert, in der Konsequenz der Hohenzollern-Debatte Eigentum – und damit eine der wichtigsten Grundlagen unseres Rechtssystems – in Deutschland nicht mehr von unverrückbaren Ansprüchen, sondern von politischem Wohlverhalten ab? Und warum scheint das niemanden zu stören?

Weil es besonders in der deutschen Neid-Gesellschaft ein doppelbödiges Verhältnis zum Eigentum an sich gibt. Einerseits ist es grundgesetzlich so gut wie unantastbar und für sich selbst möchte es fast jeder haben, andererseits wird es geneidet. Deshalb ist der Ruf nach Enteignung gesellschaftlich verankert. In der US-Tradition ist Eigentum auch mental stärker verankert. Der Ruf nach Enteignung ertönt in Deutschland keineswegs nur von links, sondern auch von rechts. Es ist kein Zufall, dass die Nazis „Nationalsozialisten“ waren. Die rechtssozialistische Dimension wird auch in der deutschen Geschichtswissenschaft oft unterschätzt oder, aus politischem Opportunismus, ignoriert.

Ein weiterer interessanter Befund in Ihrem Beitrag ist, dass das geltende Rückgaberecht „jenseits der Unethik“ der Logik entbehrt, da dadurch die Bundesrepublik Deutschland faktisch in zwei Rechtsräume gegliedert sei.

Wieder ganz einfach: Wenn den Hohenzollern aus den bekannten, im 1994er Gesetz genannten Gründen, die Rückgabe ihres in der DDR einst vorhandenen Eigentums verweigert wird, müsste man rein logisch ihr westdeutsches Eigentum konfiszieren, auch ihre Stammburg. Oder haben die in den frühen 1930er Jahren lebenden Hohenzollern und, allen voran, der furchtbare Kronprinz nur diejenigen Deutschen für die Nazis, wie stark auch immer beeinflusst, die auf dem Gebiet der späteren DDR lebten? Sie sehen, wie absurd und undurchdacht der Gesetzgeber entschied. Rache statt Recht galt hier wohl.

Sollte Deutschland im Sinne einer Rückbesinnung auf die ethischen Fundamente unseres Rechtssystems die geltenden Gesetze noch einmal überdenken?

Natürlich. Besser spät als gar nicht. Aber das wäre mit einem zu großen Gesichtsverlust verbunden. Dieser würde dem Ansehen des Gesetzgebers noch mehr schaden. Am vernünftigsten wäre eine kluge Moderation.

Ein anderer interessanter Hinweis in Ihrem Text ist, dass nach 1945 auch das während der NS-Diktatur geraubte jüdische Eigentum entweder gar nicht oder nur zu geringen Teilen rückübertragen wurde. Was sagt das über die Bundesrepublik als Rechtsstaat aus?

Dass Tatsachen und Legenden auch hier nicht deckungsgleich sind. Aber wir wissen doch seit eh und je, dass die bundesdeutsche Justiz bis in die frühen

1970er Jahre mehr als nur kleine braune Flecken und sich nach 1945 selbst amnestiert hatte. Ein so schlimmer Nazi wie Theodor Maunz hatte sogar die Dreistigkeit, federführend einen Grundgesetzkommentar zu verfassen. Es wurde der Grundgesetzkommentar. Unglaublich. Das Wunder der alten Bundesrepublik besteht darin, dass sie trotz und mit und teils durch alte Nazis Rechtsstaat und Demokratie wurde.

Wie sehen Sie eigentlich die Causa Wilhelm selbst? Hat der Kronprinz dem Nationalsozialismus „erheblichen Vorschub“ geleistet oder nicht?

Siehe oben. Von mir kein einziges Wort der Verteidigung zugunsten jenes Unholds. Ich argumentiere nicht zur Person, schon gar nicht zu jenem nützlichen, antisemitischen, reaktionären Idioten, sondern zum Recht als Institution.

Und wie stehen Sie zu Aussagen aus dem Vorstand des Historikerverbandes, dass „die Historiker“ in dieser Frage weitestgehend einer Meinung seien – und zwar zulasten der Hohenzollern?

Die Spitze dieses Verbandes wurde inzwischen ausgetauscht. Gut so und aus welchen Gründen auch immer. Ich kenne die Interna nicht, weil mir jegliche „Vereinsmeierei“ zuwider ist. Ich bin seit jeher Einzelkämpfer. Jenes „weitestgehend“ ist schlicht falsch, um nicht zu sagen: gelogen. Auch unter Historikern gibt es solche, die ihrem „Handwerk“ schaden, weil sie es nicht beherrschen oder nicht beherrschen wollen, um politisch wem auch immer, meistens dem Zeitgeist beziehungsweise Mainstream, zu gefallen.

Zu guter Letzt nochmal eine grundsätzliche Frage: In Ihrem Beitrag kritisieren Sie auch, dass in der Debatte „kein Wort über die neben unbestreitbaren Defiziten vorhandenen Verdienste der knapp tausendjährigen Hohenzollern-Dynastie“ verloren wird. Braucht die deutsche Gesellschaft ein neues, vertiefteres Nachdenken über Preußen, das auf die zumeist platten Erklärmuster der letzten Jahrzehnte, die den Hohenzollernstaat lediglich als Markstein auf dem Weg in die NS-Diktatur interpretieren, verzichtet?

Nichts und niemand war oder ist nur gut oder nur schlecht. Abgesehen vom Urbösen, zu dem der Nazismus zählt. Vergessen wir nicht das Urböse der real existierenden Kommunismen. Wären „die“ Hohenzollern tatsächlich nur schrecklich gewesen – wie konnte dann Deutschland am Ende ihrer Ära in zig

Bereichen, auch kulturell und wissenschaftlich, weltweit führend werden? Wir haben zu viele Spezialisten, die nur ihr immer enger werdendes Wissensgebiet kennen und trotzdem – mangels Selbstkritik – über fast alles und jedes reden.

Prof. Dr. Michael Wolffsohn lehrte von 1981 bis 2012 Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München. Zuletzt erschienen „Tacheles. Im Kampf um die Fakten in Geschichte und Politik“ (Herder Verlag 2020) sowie „Deutschjüdische Glückskinder“ für Erwachsene 2017 und für Jugendliche 2021 (beide dtv).
www.wolffsohn.de

Geburtstage & Diverses Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Januar 2022



Im Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

**2021 feiern folgende Mitglieder
ihren Geburtstag**

Vorstand und Beirat
gratulieren herzlich

- 03.01.: Schöps, Alfons
- 06.01.: Diemling, Inge Ruth
- 07.01.: Käks, Joachim
- 13.01.: Dr. Klamroth, Ulrike
- 21.01.: Brückmann, Friedrich W.
- 21.01.: Nowsch, Wolfram
- 23.01.: Weerth, Andreas
- 23.01.: Wilk, Gerhard
- 28.01.: Budde, Joachim
- 30.01.: Schmeichel, Olaf Franko



Pro Gloria et Patria



Preussen

Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V.

Unser Verein

Themen für die nächsten zwei Jahre

- Reformen Berlins und Brandenburgs
- Bildung Preußischer Humor
- Preußens Migrationspolitik
- Die Zukunft der Bundeswehr
- Die Verrohung unserer Gesellschaft
- Humor und Treitschke
- Entwicklung der Hauptstadt
- Stauffenberg und sein Vermächtnis
- Preußen zwischen rechts und links

Neujahrsempfang und
monatlicher Preussenbrief

Werden Sie Mitglied!

Retten Sie die Tugenden und werden Sie Mitglied
der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg!

Eintritt bis zu 30.12.2021 mit 30 % Rabatt auf den
ersten Jahresbeitrag!

Mitgliedsbeitrag

Pensionäre: 110 €

Erwerbstätige: 220 €

Firmen: 300 €



IMPRESSUM

Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V.

Tel. 0173 9313437

kontakt@preussen.org

www.preussen.org

Vorstand

Präsident Steffen Bender

Vorstand H-J. Prillwitz, T. Gütschow, M. Kayser

Ehrenpräsident Volker Tschapke

Beirat

M. Aden, H. Bracksmajer, H. Lenk, D. Lohmeier, W. Nowsch,

M. Otte, N. Neuendorf

Amtsgericht

VR 17087 NZ_ als gemeinnützig anerkannt FA Körperschaften I

St.Nr. 675/53373

Kontoverbindung

Berliner Bank AG _ BLZ 100 708 48 _ Konto-Nr. 48 28 68 700

IBAN DE 93 100 708 480 482 868 700 _ BIC/SWIFT DE UT DE DB 110